

Beschlossen auf dem Schleswig-Holstein-Rat der JUNGEN UNION am 12.Juni 2010 in Neustadt in Holstein

Medizinstudiengang an der Uni Lübeck

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung auf, alle Möglichkeiten zu prüfen, den Medizinstudiengang an der Universität Lübeck zu erhalten. Wir erwarten, dass das Ministerium in Kiel, die Universitätsleitung, die regionale Wirtschaft und Vertreter der großen Klinikunternehmen gemeinsam konstruktiv darüber verhandeln, den Medizinstudiengang der Universität und das Klinikum mit Unterstützung der Privatwirtschaft finanziell unabhängig vom Land Schleswig-Holstein zu betreiben.

Die Haushaltssanierung soll durch den Erhalt der Uni Lübeck jedoch nicht in Frage gestellt werden.

Begründung:

Seit wenigen Tagen ist es offiziell: Der Sparkurs der Landesregierung geht auch an der Hansestadt Lübeck nicht spurlos vorbei. Seit Jahren ist das Uniklinikum eine der bekanntesten und renommiertesten medizinischen Fakultäten in Deutschland. Doch nun soll alles anders werden. Die Landesregierung will Kiel als einzigen Standort in Schleswig-Holstein erhalten.

Die JU Lübeck bekennt sich klar zum Sparkurs der Regierung. Dabei jedoch das Medizinstudium in Lübeck zu streichen steht im Widerspruch zur Generationengerechtigkeit !

Dass das Einstellen des Medizinstudienganges ein Sparvolumen von ca.150 Millionen Euro bis zum Jahre 2020 aufweisen soll, scheint beachtlich, doch hiervon sollte man sich nicht blenden lassen.

Diese Entscheidung würde den größten norddeutschen Cluster für Medizintechnik, der im Umfeld der Lübecker Universität entstanden ist, akut gefährden. Großunternehmen wie Dräger würden Lübeck in Richtung innovationsfreundlicher Standorte verlassen. Die damit verbundene Verlagerung hochqualifizierter Arbeitsplätze würde zu einem Einbruch der Steuereinnahmen führen und somit die ohnehin schon strukturschwache Region mittelfristig weit mehr Geld kosten, als kurzfristig eingespart werden könnte.

Daher ist es im Interesse aller Schleswig-Holsteiner hier zu einer Lösung zu kommen, die auch gesamtwirtschaftlich gesehen für die Region nachhaltig ist.